

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

17.12.1862 (No. 296)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 17. Dezember.

N. 296.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Unsere auswärtigen H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den großh. Postexpeditionen mit Ende dieses Monats ablaufen. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr. und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den H. Abonnenten zuzustellen sind. Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

† Kassel, 16. Dez. Nach der „Kasseler Zeitung“ sind an die Ständeversammlung Entwürfe zu einem Finanzgesetz und einem Gesetze wegen einstweiliger Forterhebung der Steuern abgegangen.

London, 15. Dez. (W. T. B.) Die „Morning Post“ schreibt: Die von verschiedenen Seiten telegraphisch gemeldete Nachricht von der Abtretung der Ionischen Inseln an Griechenland muß unter dem Vorbehalt aufgenommen werden, daß die Mächte der Verträge von 1815 dazu einwilligen. Die Angabe, die englische Regierung sei bereit, zum Besten der neuen Dynastie ihr Protektorat über die Ionischen Inseln aufzugeben, ist, wie wir glauben, nicht unbegründet. Hr. Elliot's Mission nach Athen betrifft diese und andere wichtige Fragen betreffs der Zukunft Griechenlands.

Southampton, 14. Dez. Der „Atrato“, aus Westindien kommend, meldet, daß während sich das süd-italische Kaperschiff „Alabama“ in Martinique befand, der Ver.-Staaten-Dampfer „San Jacinto“ angekommen war und sich anschickte, jenes anzugreifen, als er vom Gouverneur Befehl bekam, sich zu entfernen. Der „San Jacinto“ nahm darauf eine beobachtende Stellung außerhalb des Hafens ein, doch entkam der „Alabama“ während der Nacht.

New-York, 2. Dez. (W. T. B.) Die heute bekannt gewordene Präsidenten-Botschaft ist sehr gemäßig gegenüber den Süden, spricht sich im Uebrigen aber für die Union aus. Verfassenen Juni hätten einige Gründe bestanden, zu hoffen, die Mächte, welche den Süden als kriegführende Parteien anerkannt, würden von diesem Standpunkt zurückkommen; aber die zeitweiligen Niederlagen des Nordens hätten diesen Akt der Gerechtigkeit bis jetzt verschoben. Lincoln empfiehlt als Zufüge zur Verfassung die Erklärung: Die Staaten, welche bis 1900 die Sklaverei abschaffen würden, sollten in Obligationen entschädigt werden; die Regier., welche durch die Kriegereignisse frei geworden, sollten es für immer bleiben.

Karlsruhe, 14. Dez. (Die Wintervorlesungen.) Gestern wurden wir im Foyer des großh. Hoftheaters von Professor Dr. Wattenbach aus Heidelberg mit einer geschichtlichen Vorlesung erfreut. Er sprach über die Art und Weise, wie die Zivilisation der slavischen Völkerschaften im Norden und Osten von Deutschland in den früheren Jahrhunderten stattgefunden und mehr oder minder vollständig die Germanisirung der Nachbarländer unserer Nation zur Folge gehabt hat. Der Redner wies darauf hin, wie schon in grauer Vorzeit von Hodasien her der Zug der damals noch beweglicheren Bevölkerung nach Westen, mithin nach Europa und Nordafrika, gerichtet war, wie insbesondere im fünften und sechsten Jahrhundert unter christlichen Zeitrechnung die germanischen Stämme nach dem Westen unseres Erdtheiles vordrangen, bis ihnen der Ocean Halt gebot, wie ihnen von Norden und Osten her slavische Völkerschaften nachgedrungen waren und ihre verlassenen Wohnsitze eingenommen hatten, und wie dieselben dann bei der theilweisen rückwärtigen Bewegung des Völkerzuges als unberechtigter Eindringlinge angesehen wurden. Es entstanden langwierige blutige Kämpfe, in denen die schwächeren und minder kräftigen slavischen Völkerschaften fast immer unterlagen und nicht selten von den Deutschen geradezu vertrieben wurden. So wurden z. B. die Wagrier von den tapfern Holfteinen besieg und ohne Weiteres vertrieben, und der Chronist Helmhold, obgleich er ein Geistlicher ist, bemerkt dazu, ohne auch nur irgendwie einen Ausdruck des Mitleids beizufügen, daß die Vertriebenen ein gar faules und unnützes Volk seien. Aber außerdem machten die Deutschen im Laufe der Jahrhunderte auch noch auf friedlichem Wege Eroberungen, und diese waren es, denen der Redner seine besondere Aufmerksamkeit schenkte. Die slavischen Fürsten gaben nämlich den waffenkundigen Deutschen aus dem Ritterstande gerne die Erlaubnis, in ihrem Lande Burgen zu bauen, und in der nächsten Umgebung derselben siedelte sich dann das Gefolge der Ritter und oft auch noch anderweitige deutsche Bevölkerung an. Hier wurde nicht allein

Δ New-York, 8. Dez. Bei Hartsville in Tennessee hat eine Schlacht stattgefunden. Das Unioncorps wurde geschlagen und gefangen genommen. Alsdann griff Morgan Gallatin an, wurde jedoch mit großem Verluste zurückgeworfen. Die Südstaatlichen und die Unionisten erbauen Befestigungswerke bei Fredricksburg. Südliche Blätter versichern, 30,000 Unionisten marschirten von Suffolk nach Petersburg, während das bei Neu-Bern stehende Unionistenkorps gegen Waldone operirt.

Zurin, 14. Dez. (W. T. B.) Es ist unrichtig, daß der französische Gesandte Dr. v. Sartiges die Befürchtung ausgesprochen hat, das neue Ministerium möchte sich auf die Seite Englands neigen. — In der Deputirtenkammer wurde die Uebersicht der Finanzen des Königreichs vorgelegt. Nach derselben beträgt das außerordentliche Defizit im Ganzen 771 Millionen. Die Regierung wird 300 Millionen Schatzscheine ausgeben. Da diese nicht genügen, so ist die Aufnahme einer Anleihe erforderlich, mit der indessen noch geraume Zeit gewartet werden kann.

Deutschland.

Esslingen, 14. Dez. (Sch. M.) Die auf heute berufene Landesversammlung der Fortschrittspartei wurde um 11 Uhr Vormittags im Saal des Gasthofs „zum Schwanen“ eröffnet. Es waren etwa 4- bis 500 Theilnehmer aus verschiedenen Landesstellen erschienen. Rechtskandidat Tafel der ältere leitete die Verhandlungen, die auf Grund der von dem Stuttgarter Komitee vorbereiteten Anträge geführt wurden.

Der erste Gegenstand der Berathung war ein Antrag, betreffend die Reform der Ständeversammlung, der nach eingehender, theils rechtlicher, theils sachlicher Motivirung dahin lautete: Die Landesversammlung wolle beschließen:

Die den Grundrechten des deutschen Volks entsprechende Beseitigung der privilegierten Mitglieder aus der Ständeversammlung, die Einführung des geheimen Stimmrechtes bei den Abgeordnetenwahlen und die Reform des Wahlverfahrens überhaupt ist eine im Recht begründete und durch das Staatswohl gebotene Forderung, auf deren Gewährung die Fortschrittspartei mit allen gesetzlichen Mitteln hinzuwirken hat.

Rechtsh. Höher begründete diesen Antrag, indem er sich in ausführlicher Weise über die Reaktionsperiode der letzten 12 Jahre verbreitete. Ein Wendepunkt sei zuerst eingetreten durch den Widerstand gegen das von der Regierung eingebrachte Gemeindegesetz, hierauf sei der Sieg in der Kontoratsfrage gefolgt, und neuerdings das definitive Scheitern der projektirten Nachtragsentscheidungen für die durch die Ablosungsgesetzgebung betroffenen Privilegirten. Eine Reform in der Zusammensetzung und Wahl der Ständeversammlung in oben bezeichneter Richtung sei theils durch die gesetzlich eingeführten Grundrechte, theils durch das Gesetz vom 1. Juli 1849, durch welches eine konstituierende Landesversammlung berufen wurde, rechtlich begründet. Im Lauf der Debatte, an welcher sich Hoff und Stendel beteiligten, wurde der Antrag eingebracht, auf die Wiederherstellung eben dieses Gesetzes vom 1. Juli 1849, also auf die Wiedereinberufung einer Versammlung zur Revision der Verfassung zu dringen, welcher Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen wurde.

Eine längere und zum Theil lebhaftere Debatte rief der

zweite Gegenstand der Berathung, die deutsche Verfassungsfrage betreffend, hervor. Das Komitee hatte mit Stimmenmehrheit folgende Erklärungen beantragt:

1) Das deutsche Volk bedarf einer Gesamtverfassung, welche es ihm möglich macht, die ihm gebührende Unabhängigkeit und Nachstellung nach außen, Freiheit und gesicherte Rechtszustände im Innern, und die Bedingungen der geistlichen Entwicklung seines nationalen Lebens überhaupt zu erlangen. Diesem allseitig anerkannten Bedürfnis kann auf dem Boden der bestehenden Bundesverfassung, deren inneres Wesen auf der unbeschränkten Souveränität der Einzelstaaten, also auf der Verneinung der Nationalität beruht, nicht Genüge geleistet werden. Jeder Versuch, welcher die Erhaltung der Souveränität der Einzelstaaten in ihrem bisherigen Umfang zur Voraussetzung hat, und nicht auf Herstellung wirklicher bundesstaatlicher Einheit in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Nation gerichtet ist, muß als ein vergeblicher, von dem rechten Ziele ablenkender und eben deshalb unverfügbare bezeichnet werden. Die Versammlung erklärt sich daher gegen die projektirte Delegirtenversammlung aus den Kammern der einzelnen deutschen Länder und gegen jeden Vorschlag überhaupt, durch welchen der faktisch wiederhergestellte Bundestag als zu Recht bestehend anerkannt würde.

2) In gleicher Weise erklärt sich die Versammlung gegen das vorgeschlagene Bundesgericht, in welchem sie nach Einrichtung und Zuständigkeit eine dem konstitutionellen Rechte und der Freiheit der Einzelstaaten höchst gefährliche Institution erblickt.

3) Die Versammlung erklärt es als eine in dem Rechtsbewußtsein der Nation und in den früheren Auerkennnissen der deutschen Regierungen selbst begründete Forderung, daß die Reichsverfassung vom 28. März 1849 sammt Grundrechten und Wahlgesetz, wie sie von den legal erwählten Vertretern des deutschen Volks beschloffen und verkündigt worden sind, zur Ausführung gebracht werden; und zwar erachtet sie es für Pflicht, mit allen gesetzlichen Mitteln darauf hinzuwirken, daß zur Lösung der noch unerledigten Oberhauptfrage und zur Vornahme der etwa für notwendig oder wünschenswerth erkannten Abänderungen der Reichsverfassung baldmöglichst die Einberufung einer neuen Nationalversammlung erfolge.

4) Die Versammlung erklärt es als eine dringende nationale Forderung, daß alle deutschen Bundesstaaten, mit Einschluß Deutschösterreichs, sich dem in der Reichsverfassung begründeten Gesamtverband anschließen. Sollten aber der Herstellung einer Gesamtdeutschland umfassenden bundesstaatlichen Einigung in Deutschösterreich oder in einem andern deutschen Staate für jetzt unüberwindliche Hindernisse im Wege stehen, so darf dies für die übrigen Staaten kein Abhaltungsgrund sein, mit der Ausführung des nationalen Werks an ihrem Theile zu beginnen.

Von den H. Desterlen, Decher, Probst wurden Gegenanträge gestellt, welche zwar gleichfalls entschieden gegen das Delegirtenprojekt sich aussprachen, jedoch in dreifacher Beziehung von jenen Sätzen abwichen: 1) Sollte die Hinweijung darauf, daß der Bundestag, bloß faktisch wiederhergestellt sei, nicht zu Recht bestehe, beseitigt werden. So lange die Möglichkeit vorhanden sei, führten die genannten Herren aus, daß der Bundestag den deutschen Regierungen als Organ dienen werde, eine deutsche Nationalvertretung zu berufen, dürfe man die Mitwirkung einer faktisch einmal bestehenden Behörde nicht zum voraus ablehnen. Man dürfe nicht streiten, von welcher Seite es geboten werde, wenn man nur erreiche, was das allgemein begründete Verlangen des deutschen Volkes sei, ein Parlament. 2) Für das Parlament soll zwar die Reichsverfassung von 1849 die Grundlage bilden, allein dem Parlament allein sei die Beschlußfassung über die deutsche Verfassungsfrage zu überlassen.

und später gewöhnlich einen besondern Thurm bekam. Gedieh die Niederlassung, so erstand ferner auf oder an dem Ringe noch ein Gewandhaus für den Tuchhandel und Schuhbroschüren, und er sprach sogar das Recht nach dem deutschen Geseze.

Nicht minder bedeutend war die Wirksamkeit der Kaufleute. Dieselben konnten bekanntlich in jenen frühen Zeiten ihr Geschäft nicht so bequem wie heutigen Tages betreiben, sondern es mußten vor Allen rüthige und selbst waffenkundige Männer sein, welche sich und die Ihrigen vor Gefahren jeder Art, insbesondere vor räuberischen Angriffen, schützen konnten. Meistens verbanden sich mehrere derselben mit einander und bildeten so Karawanen, welche auf ihren weiten Zügen vom zehnten bis ins fünfzehnte Jahrhundert im Osten von Europa theilweise selbst mit den Karawanen des Orients in unmittelbarem Verkehr standen. Da jedoch die Grenzgebirge der Deutschen, insbesondere die Bornehmeren derselben, mit der etwas vorgeschrittenen Zivilisation der Deutschen bekannt geworden waren und an den Bedürfnissen und Genüssen derselben Geschmack gefunden hatten, so entstand natürlich bei ihnen der Wunsch, nicht bloß auf das doch immer mehr zufällige Eintreffen dieser Waarenzüge angewiesen zu sein. Sie suchten daher die Kaufleute durch allerlei Bewilligungen zu einem bleibend zu bleibenden Ansiedelungen und wurden dadurch Gründer von Städten in den slavischen Ländern. So ist u. A. Glogau, Breslau und Prag in der Mitte von damals slavischen, jetzt zum Theil fast völlig germanisirten Ländern entstanden. Solche Kolonialstädte veranlagen noch jetzt ihren Ursprung durch die Eigenthümlichkeit ihrer Anlage. Zuerst bildete man nämlich den sogenannten Ring oder den Platz für den Verkehr und die gemeinamen Geschäfte aller Art, für Volksversammlungen und Festlichkeiten, selbst für Hochzeiten- und Tauffestlichkeiten vornehmer Familien. In der Mitte dieses viereckigen Platzes wurde das Kaufhaus errichtet, auf dem eine Glocke angebracht wurde, welche das Zeichen der Rechte einer Gemeinde war

und später gewöhnlich einen besondern Thurm bekam. Gedieh die Niederlassung, so erstand ferner auf oder an dem Ringe noch ein Gewandhaus für den Tuchhandel und Schuhbroschüren, und er sprach sogar das Recht nach dem deutschen Geseze.

(Schluß folgt.)

Die Reichsverfassung, wie sie jetzt sei, sei nicht ausführbar; für die Reform, sagte einer der Redner, sei sie zu viel, für eine Revolution zu wenig. 3) Soll die Erklärung, daß der Nichtbeitritt Deutsch-Oesterreichs kein Abhaltungsgrund für die übrigen Staaten sein dürfe, mit der Ausführung des Nationalstaats zu beginnen, weggelassen werden. Die Einheit der Nation, führten die Redner dieser Seite aus, habe die gleichmäßige Teilnahme aller deutschen Staaten und Stämme an der zu schaffenden engeren Vereinigung wesentlich zur Voraussetzung. Werde der Fall des Nichtbeitritts eines Gliedes zum Voraus ins Auge gefaßt, und zum wesentlichen Theil des Programms gemacht, so werde damit die Bereitwilligkeit ausgesprochen, auf die Integrität Deutschlands und auf seine Konstituierung als Nation zu verzichten, und den Bestrebungen, welche auf einen engeren Bund mit Ausschluß Oesterreichs ausgehen, freier Spielraum gewährt.

Gegenüber diesen Säzen wiesen die Redner der Mehrheit, A. Seeger, Fezer, L. Seeger, Hölder, darauf hin, daß die württembergische Fortschrittspartei sich schon wiederholt für die Rechtsgiltigkeit der Reichsverfassung ausgesprochen habe, und daß eine Erneuerung dieser Erklärung gerade jetzt gegenüber dem Delegirtenprojekt und den Bestrebungen des großdeutschen Reformvereins am Platze sei. Sollte man sie jetzt verwerfen, nachdem nun der Nationalverein, der Abgeordnetenversammlung, das ganze liberale Deutschland sich zu ihr bekennen? Mit ihr habe man die Grundrechte und die bundesstaatliche Einheit, in ihr sei das richtige Verhältnis der Reichsgewalt zu den einzelnen Gliedern, zwischen dem Oberhaupt und der Reichsvertretung gegeben. Allerdings bedürfen mehrere Punkte der Revision, allein für jetzt handle es sich nicht um einzelne Paragraphen, sondern um die Verfassung als solche, die Rechtserrungenschaft aus jener bewegten Zeit. Wählen wir jetzt aus, was uns gefalle und nicht gefalle, so entziehen wir uns selbst den Boden unter den Füßen. Man wolle Oesterreich nicht ausschließen, aber wenn die Großdeutschen das nationale Werk abhängig machen wollen von Oesterreich, so müsse man aussprechen, daß man sich nicht unter den Willen einer Regierung oder eines Volkes unterwerfen wolle und das deutsche Reformwerk nicht ruhen lassen könne, bis es Oesterreich möglich sei, beizutreten. Nicht einen Centralstaat wolle man, aber eine wahre bundesstaatliche Einheit, eine deutsche Verfassung, eine deutsche Heimath.

Die Aufgabe sei, führte A. Seeger in warmen, einbringlichen Worten aus, vor Allem in uns selbst den Partikularrismus zu überwinden, das Einzelne zu erheben zum geistigen Ganzen. Fordern wir von den Regierungen den Verzicht auf einen Theil ihrer Souveränität zu Gunsten der Nationalität, so müssen wir dieselbe Forderung an uns selbst vollziehen. Der Drang nach Einheit sei nicht mehr eine bloße Schwärmerei, sondern beruhe auf materiellen Gründen. Wir werden nicht kleiner, sondern wachsen erst empör zur rechten Größe und zum rechten Geheben durch das Aufgehen im Ganzen. Die Unterordnung der Einzelstaaten sei die Hauptsache, und dadurch unterscheide sich das Delegirtenprojekt, welches diese nicht wolle, von der wahren Nationalität. Allerdings „durch Blut und Eisen“, sagte L. Seeger, wird die deutsche Einheit geschaffen, aber nicht durch jenes Eisen, womit man Wunden schlägt, sondern durch das Eisen der Schienen, durch welche die deutschen Stämme mit einander unauflöslich verbunden werden, nicht durch das Blut, welches vergossen wird und Thränen erpreßt den Angehörigen der Erschlagenen, sondern durch jenes Blut, das uns in die Wangen und die Stirne steigt vor Scham über den Jammer unserer vaterländischen Zustände, durch jenes Blut, das uns Alle als Brüder verbindet.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge von Desleren, Becher und Probst mit sehr großer Mehrheit (gegen etwa 15 Stimmen) verworfen und diejenigen des Komitees angenommen.

Hierauf wurde beschlossen, in Zukunft von den Angehörigen der Fortschrittspartei Geldbeiträge für politische Zwecke zu sammeln, die Erwartung ausgesprochen, daß die Abgeordneten dem in Weimar gegründeten deutschen Abgeordnetenrat sich anschließen, und der Beschluß vom 3. Febr. 1861, durch welchen der Beitritt zum Nationalverein empfohlen wurde, einmützig wiederholt.

Den Schluß machte die Erklärung, wie preussischen Volk und der preussischen Abgeordnetenkammer für ihre unerlöschliche Haltung in dem obschwebenden Verfassungskampfe die Anerkennung der Versammlung auszusprechen, welcher Beschluß dem Präsidenten Grabow übermittelte werden wird. Die Verhandlungen, welche über fünf Stunden in Anspruch genommen hatten, wurden um 4 1/2 Uhr geschlossen, worauf sich die Mehrzahl zu einem gemeinsamen Mahl vereinigte.

München, 13. Dez. Frhr. v. Wendland, der hiesige Gesandte für Paris, der so unwohl hier ankam, daß er nicht einmal die gewöhnliche Audienz beim König verlangen konnte, sondern von diesem im Hotel aufgesucht wurde, ist nun trotz seines Unwohlseins nach Paris abgereist, man sagt, der griechischen Thronangelegenheit wegen.

Darmstadt, 13. Dez. (Südd. Ztg.) Das Staatsbudget für 1863/1865 ist heute nach dem Entwurf des Finanzministers ausgegeben worden. Es beziffern sich hiernach die jährlichen Gesamteinnahmen auf 9,137,416 fl.; die jährlichen Gesamtausgaben auf 9,135,469 fl. Die Einnahmen sind nach den folgenden Hauptabtheilungen veranschlagt: 1) Domänen 2,220,471 fl.; 2) Regalien 61,500 fl.; 3) direkte Steuern 2,826,504 fl.; 4) indirekte Auflagen 3,836,090 fl.; 5) verschiedene Steuern u. s. w. 192,851 fl. jährlich. Die Staatsausgaben zerfallen in folgende Hauptabtheilungen: 1) Lasten und Abgänge 782,113 fl.; 2) Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld 943,459 fl.; 3) Pensionen 404,610 fl.; 4) Bedürfnisse des groß. Hauses und Hofstaates 783,467 fl.; 5) Landstände 20,000 fl.; 6) Militäretat 1,715,189 fl.; 7) Minister, Staatsrath und Kabinet 33,465 fl.; 8) Ministerium des groß. Hauses und des Leuhens 133,146 fl.; 9) Ministerium des Innern 1,373,836 fl.; 10) Ministerium

der Justiz 568,627 fl.; 11) Ministerium der Finanzen 2,369,625 fl.; 12) allgemeine Kosten in den Kollegienhäusern 7932 fl. jährlich. Unter den einzelnen Posten dürften noch folgende von Interesse sein. Unter den Einnahmen ist veranschlagt, der jährliche Ertrag 1) der Tranststeuer auf 850,000 fl.; 2) der Salzsteuer auf 720,000 fl. (brutto); 3) des Rheinschiffahrts-Steuer auf 130,000 fl. (netto); 4) der Zollgefälle auf 1,120,000 fl. (netto). Von den Ausgaben fallen beispielsweise 1) auf Kultur und Unterricht 363,781 fl.; 2) auf die Unterhaltung der Staats- und Provinzialstraßen 400,000 fl.; 3) auf die laufende Flußunterhaltung 100,000 fl. jährlich. Mit einer gewissen Befriedigung wird das Ergebnis des vom Finanzminister entworfenen Wirtschaftsplanes — ein Ueberschuß von 1947 fl. jährlich — von den Steuerzahlern vernommen werden.

Gera, 10. Dez. (Fr. Z.) Der Landtag hat gestern die Forderung der Regierung zur Erweiterung der Kaiserne abgelehnt, hingegen das Volksschul-Gesetz mit einigen Modifikationen angenommen. Die Minimalbesoldung eines Lehrers beträgt hiernach auf den Dörfern 160, in den kleineren Städten 200, und in den größeren 220 und 240 Rthlr. Nach je sechs Jahren steigt sich der Gehalt um je 20 Rthlr. Die Dienstwohnung wird im Gehalt nicht mit ausgerechnet. — Es ist an den Landtag eine von 533 Tuchwebern unterzeichnete Petition gelangt, die den Wegfall der Konzeptions-gewerbe aus dem zur Berathung vorliegenden Gewerbegesetz beantragt.

Dresden, 13. Dez. (Dr. Z.) Der König hat auf Begnadigungs-gesuche verfügt: „daß von Vollstreckung der dem vormaligen Bürgerlehrer Karl Christian Böhm in Treuen, jetzt in St. Gallen, wegen seiner Beteiligungen an den hochverrätherischen und aufrührerischen Unternehmungen im Mai 1849 auferlegten 10jährigen Zuchthausstrafe abgesehen werde, demnachst genannten Böhme und dem vormaligen Buchhändler August Reimann aus Freiberg, jetzt in Zürich, in Bezug auf dessen Theilnahme an jenen Unternehmungen die strafrechtliche Nachsicht zu bewilligen.“

Schwerin, 12. Dez. (A. Pr. Ztg.) Gestern war eine Deputation der hiesigen Residenz auf das Schloß erschienen, und hielt der Großherzog an dieselbe, nach dem „Nordb. Kor.“ die nachfolgende Ansprache:

Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß der Magistrat meiner Residenz Schwerin seinen Deputirten zum diesjährigen Landtage instruirte hat, bei Gelegenheit für eine Wiederherstellung des Staatsgrundgesetzes von 1849 zu stimmen. Diese Thatsache, wenn sie auch keinen Erfolg gehabt, veranlaßt mich, dem Magistrat meine entschiedene Mißbilligung dieses Schrittes zu erkennen zu geben. Der verständige medlenburgische Sinn wünscht jene Periode politischer Verwirrung, aus welcher das gedachte Staatsgrundgesetz hervorgegangen, nicht zurück. Das Land hat die Geschehnisse, die gemeinlichen Störungen und Verluste jener Tage noch in frischer Erinnerung. Ich könnte aus diesem Grunde die Agitation für dies Staatsgrundgesetz, wie ich bisher gethan, auch ferner ihrem Schicksal überlassen. Allein der Ruf nach diesem Gesetze, welches auf vollkommen rechtmäßigem Wege und für immer bereit ist, hat jetzt eine andere Bedeutung. Er ist nur ein Glied in der Kette, mit welcher die uns jener Zeit noch völlig erkennbare Partei des Umsturzes das engere wie das weitere Vaterland zu umzingeln und ihren aller bestehenden rechtlichen Ordnung feindlichen Plänen dienlich zu machen bemüht ist und welche gerade dadurch allen geordneten Fortschritt hindert und unmöglich macht. Dies hätte der Magistrat meiner Residenzstadt Schwerin einsehen müssen und danach sein Verhalten einrichten sollen. Bei den nahen Beziehungen der Stadt zu meiner Person und bei dem Werthe, den ich darauf lege, daß das bisherige Verhältnis des Vertrauens nicht auf solche Weise zerfallen werde, habe ich es für meine Pflicht gehalten, meine feste Willensmeinung hiermit dem Magistrat offen auszusprechen. Ich hoffe, daß er diese wohlgemeinten Worte richtig verstehen und daß er sie beachtlich machen wird.

Berlin, 14. Dez. Das Zentralkomitee der hiesigen Wahlkreise hat, wie die hiesige „Reform“ meldet, beschlossen, die Adresse an das Abgeordnetenhaus, welche über 40,000 Unterschriften erlangt hat, nicht an den Präsidenten Grabow zu senden, sondern den Vertretern der Hauptstadt zu überreichen. Dies soll am 22. d. M. geschehen; und damit die Wahlmänner und Urwähler der Hauptstadt Zeugen dieses Aktes sein können, ist der Antrag gestellt worden, ein Festmahl im Kröll'schen Lokale zu diesem Behufe zu veranstalten. Man erwartet, daß das Komitee diesem Antrag Folge geben wird. — Der zur Disposition gestellte Abgeordnete, Staatsanwalt Schröder zu Wittenberg hat seinen Wählern folgende Zuschrift zugehen lassen:

Meiner Wählern zeige ich hierdurch an, daß die königl. Staatsregierung meine politischen Abstinirungen im Abgeordnetenhaus für unveränderlich mit meinem Amte gehalten hat. Nachdem ich einer mit geradem Anstande, mein Mandat für das Abgeordnetenhaus niederzulegen, nachzugehen mich außer Stande erklärt habe, bin ich deshalb einwilligend in den Ruhestand verlegt worden. Es verstehe sich von selbst, daß das Gefühl der Dankbarkeit mich auch ferner an den Kreis und Ort fesseln wird, welche mir die Ehre eines Mandats zum Abgeordnetenhaus haben zu Theil werden lassen. Ich werde unverändert meinen Wohnsitz in Wittenberg behalten. In dem Vertrauen meiner Wähler wird es mir hoffentlich keinen Abbruch thun, daß ich fortan unbeengt von den Rücksichten eines Amtes in vollster Unabhängigkeit für meine liberalen, verfassungsmäßigen und also auch königstreuen Ueberzeugungen werde eintreten können.

Zu den „Kreuzzeitungs“-Gerichten, nach denen die Regierung Schritte in Bezug auf den Postbetrieb der Zeitungen beabsichtigen soll, sagt die „Nat.-Ztg.“:

Die „Kreuzzeitung“ hat sich in neuester Zeit so sehr als der wohlunterrichtete „Moniteur“ unserer jetzigen Regierung bewährt, daß wir keine Ursache haben, an der Wichtigkeit dieser Mittheilung, die vorerst nur als eine verschämte Andeutung auftritt, zu zweifeln. Auch paßt eine solche Maßregel ganz zu dem herrschenden System. Nach der Tendenz, die die Dinge bei uns genommen haben, gehören alle deutschen Blätter, die Preußen freundlich gesinnt sind, zur Opposition gegen das preussische Ministerium. Dagegen alle württembergischen und preußenfeindlichen Blätter frohlocken; denn sie wissen, daß mit einem feindlichen Ministerium in Preußen jeder Fortschritt der deutschen Reform

unmöglich ist. Sie werden noch mehr frohlocken, wenn sie sehen, daß Hr. v. Bismarck seine vielgerühmte deutsche Aktion mit einem Verbot gegen die preußenfreundliche deutsche Presse beginnt.

Wie die „Pommersche Ztg.“ berichtet, sind in Neustettin ein Rath, ein Kreisrichter und ein Aktuar des dortigen Kreisgerichts amtlich veranlaßt worden, aus dem Vorstande des dort kürzlich gegründeten Vorshussvereins wieder auszutreten, weil sie nicht berechtigt seien, „ein Nebenamt ohne Genehmigung der vorgelegten Behörde zu bekleiden.“

Berlin, 15. Dez. Heute trat hier das Landes-Oekonomikollegium zusammen. Die Sitzungen desselben, welche bis zur nächsten Woche dauern sollen, werden durch den Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, v. Selchow, eröffnet. — Gutem Vernehmen nach ist der bisherige Bundesstaatsgeandte Geh. Rath v. Ueborn an Stelle des erkrankten Frhr. v. Caniz und Dallwitz zum Vertreter Preußens am päpstlichen Hofe, der bisherige Gesandte in Turin, Graf Brassier de St. Simon, zum Gesandten in Konstantinopel, und der Oberstallmeister Generalleutnant v. Willisen zum Gesandten in Turin ernannt worden. Der bisherige diesseitige Gesandte bei der türkischen Hofe, Frhr. v. Werthern, wird einwilligend nach Berlin zurückkehren. Als sehr wahrscheinlich betrachtet man es hier, daß der Gesandte am k. sächsischen Hofe, Geh. Rath v. Savigny, den zum Nachfolger des Grafen v. d. Goltz für St. Petersburg ernannten Grafen v. Redern auf dem Gesandtschaftsposten in Brüssel ersetzen werde. Bei den Kandidaturen für die Dresdener und die Kasseler Gesandtschaften kommt neuerdings der Name des Grafen v. Kanjan, außerordentlichen Hilfsarbeiters im Ministerium des Auswärtigen, mehr und mehr in Erwähnung. — Wie verlautet, macht die Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich in Betreff eines gemeinsamen Antrags, welcher zur wirksamen Lösung der dänisch-deutschen Streitfrage demnachst beim Bunde eingebracht werden soll, andauernd günstige Fortschritte. Auch die bezüglichen Vorverhandlungen mit den übrigen Bundesgliedern stellen ein günstiges Ergebnis in Aussicht. Gutem Vernehmen nach sind dabei ernste Schritte ins Auge gefaßt, deren Zweck es ist, eine rasche Entscheidung herbeizuführen. — Se. Königl. Hoh. der Prinz Albert ist gestern von Mostan in St. Petersburg angelangt. Am Sonntag den 21. d. Mts. wird der Prinz in Berlin eintreffen. In der Begleitung Sr. Königl. Hohheit erwartet man hier auch den bisherigen Vertreter Preußens am kais. russischen Hofe, Grafen v. d. Goltz.

Wien, 13. Dez. Wie man der „Südd. Ztg.“ schreibt, ist vor kurzem der Prälat Fessel nach Rom entsendet worden, um dort zunächst diejenigen Vereinbarungen zu treffen, welche die praktische Durchführung der Grundsätze des Protokollgesetzes ermöglichen. — Von dem Erlaß einer allgemeinen Amnestie für politische Verbrecher in den außerungarischen Landestheilen ist definitiv Abstand genommen; aber eine Reihe bereits publizirter Einzelbegnadigungen zeigt, daß man im Uebrigen die Zeit für gekommen erachtet, in größerem Umfang die kaiserliche Gnade walten zu lassen. Es scheint, daß gerade die Resultate der ungarischen Amnestie wenig ermunternd gewesen sind für deren Ausdehnung auf das gesammte Staatsgebiet.

S. C. Wien, 15. Dez. Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin von Preußen sind gestern hier eingetroffen und im Hotel des preussischen Gesandten, Baron v. Werther, abgestiegen. Letzterer ist in Begleitung des Gesandtschaftspersonals den hohen Reisenden bis Slogognitz entgegengefahren. Auf dem Südbahnhof erwartete der Kaiser in der Uniform seines preussischen Regiments, umgeben von einem glänzenden militärischen Gefolge, die erlauchtesten Gäste. Auch die Spitzen der Zivilbehörden waren anwesend. Der Bahnhof war festlich geschmückt und eine Ehrenkompanie in großer Parade aufgestellt. Kurze Zeit nachdem die preussischen Gäste in ihrem Hotel angelangt waren, erschienen J. J. M. der Kaiser und die Kaiserin, welche den Besuch abzustatten. Sie verweilten ungefähr 20 Minuten. Die Anwesenheit der preussischen Herrschaften ist vorläufig bis zum Donnerstag bestimmt. Am Dienstag findet zu Ehren der hohen Gäste eine festliche Vorstellung im Hofburgtheater statt.

Nachdem auf Grund des durch die Wiener Statthalterei eingelieferten Materials über das Räuberwesen in Ungarn von Seiten der k. Hofkanzlei dem Kaiser Vortrag erstattet worden, wie diesem Uebel dauernd und zweckentsprechend abzuhelfen sei, wird dieser Gegenstand in einer der nächsten Ministerkonferenzen zur Berathung gelangen. Die Ausführung selbst wird gleich nach erfolgter kais. Genehmigung ins Leben treten.

Schweiz.

Bern, 15. Dez. (Bund.) Der Bundesrath zeigt mit Kreis schreiben vom 13. d. den Ständen an, daß am 12. Jan. die Unterhandlungen für den Handelsvertrag mit Frankreich beginnen und daß er wünsche, die zur Sprache kommenden Punkte durch eine größere Kommission von Sachverständigen zu berathen, um nach Maßgabe dieser Rathschläge die Instruktion für seine Unterhandlungen feststellen zu können. Die Kantonsregierungen werden deshalb angefragt, ob sie sich in der Lage befinden, sachbezügliche Vorschläge zu machen, und im bejahenden Fall ersucht, ihre Vorschläge bis zum 23. d. M. einzureichen.

Italien.

Turin, 12. Dez. Hr. Artoni ist zum Rabinetschef im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. Derselbe war des Grafen Cavour vertrautester Freund.

Turin, 13. Dez. Die „Stampa“ glaubt, daß der Minister des Innern eine parlamentarische Untersuchung über das Räuberwesen vorschlagen wird. — Graf Bastogi, Direktor der neapolitanischen Eisenbahn, ist nach Paris abgereist.

Valermo. Wie das offizielle Journal von Sicilien

meldet, ist am 4. d. Baron Giovanni di Cottunaro da Polizi durch einen Dolchstoß getödtet worden. Zwei Brüder sind, dieses Mordes verdächtig, verhaftet worden.

Frankreich.

Paris, 15. Dez. Die „Morn. Post“ bestätigt heute die Nachricht von der Berzichtsleistung Englands auf das Protektorat über die Ionischen Inseln, bezw. von der Genehmigung einer Einverleibung dieser Inseln in Griechenland. In offiziellen Kreisen macht dieser Schritt des englischen Kabinetts, durch welchen Großbritannien seinen Einfluß in Griechenland und im ganzen Orient in unberechenbarer Weise erhöht, großes Aufsehen. Man ist neugierig, was der „Moniteur“ über diesen Schachzug sagen wird. Bis jetzt schweigt das amtliche Organ über Griechenland und ebenso über die Verhandlungen wegen Mexiko's in den spanischen Cortes. — Die „Patrie“ erfährt aus Rom, daß die von der Kommission der vier Päpsten vorgeschlagenen Reformen hinsichtlich der Finanzkonsulta, der Municipalitäten etc. Anfangs 1863 in Kraft treten werden. Außerdem ist die Rede davon, die aus ungefähr 10,000 Mann bestehende päpstliche Armee aus Finanzrückichten aufzulösen, und nur die Gendarmerie beizubehalten, welche auf 5000 Mann erhöht werden würde. — Denselben Blatt zufolge würde Portugal dem König von Italien als Deportationsort eine Insel an den Küsten von Mozambique gegen Geldentschädigung überlassen.

Was jedoch das Pariser Publikum heute am meisten beschäftigt, ist weder Griechenland noch Mexiko, weder das, was die „Morn. Post“ sagt, noch das, was der „Moniteur“ verschweigt. Die Angelegenheit des Tages ist die Jagd, welche morgen auf dem Rothschilde'schen Schlosse zu Ferrieres stattfinden wird. Was man von den Vorbereitungen des berühmten Gelbmannes zum Empfang des Kaisers sagt, grenzt an die Wunder der 1001 Nacht. In den Theilen des Forstes, wo die Standjagd stattfinden wird, ließ Rothschild 25,000 Baumstämme einlegen; eine große Menge von Hochwild und Fasanen wurde zur Bevölkerung des Parks aus Deutschland herbeigebracht, um aus ungeheuern Behältern vor die Büchsen des Kaisers und seiner Jagdgefährten getrieben zu werden; 200 Fiquiers in Rothschilde'scher Biere werden dafür sorgen. Nur 12 Personen werden an der Jagd Theil nehmen, die nach 12 Uhr beginnt: Der Kaiser, Rothschild, Cowley, Balenski, Fürst Metternich, Graf Neuß, Herzog de la Moskowa, General Fleury, Graf Bacciocchi, Morony etc. Ein Tuengen Bewohner der Gemeinde Lagny wird den Kaiser an der Station Quezer-Ferrières auf der Ostbahn zu Pferde erwarten und ihn nach Ferrieres begleiten. Um 2 Uhr wird Se. Majestät auf dem Schlosse ein Frühstück einnehmen und um 5 Uhr nach den Tuilerien zurückkehren. — Die heutige Börse war, wenn auch wenig belebt, fest, und Rentte stieg auf 70.75.

Paris, 15. Dez. Auch die „Opinion nat.“ bringt heute einen ziemlich herben Artikel gegen die in Aussicht genommene Landwehrfeier in Preußen. — Der „Moniteur“ bemerkt heute in seinem Tagesbericht über den österreichischen Reichsrath:

Diese Session, welche das constitutionelle Regierungssystem in Oesterreich einweihete, wurde durch eine Reihe von Reformen und Fortschritten bezeichnet, von welchen das österreichische Reich die nützlichsten Früchte zu ernten berufen ist. Diese erste Session dauerte nicht weniger als 18 Monate.

Der „Moniteur“ schreibt aus Alexandria, 8. Dez.: Einige Verbesserungen wurden in neuer Zeit in der Organisation der italienischen Armee eingeführt. Die Infanterie wurde um 12 neue Regimenter vermehrt. Die Cacciatori del Terzo (Liberjäger) wurden der Armee einverleibt, wo sie eine Einienlegion bilden. Das Corps der Cacciatori franse wurde auf 12 Compagnien erhöht, deren Stärke jedoch reduziert, um eine strengere Disziplin handhaben zu können. Die Militärgefangnisse wurden reorganisiert und mit den Verhältnissen der Armee in Einklang gebracht. Um die Pferdegattung zu verbessern, wurde das Personal der Geschütze modifiziert und vier neue Depots angelegt. Die Artillerie erhielt große Vorräthe an Material, und wurden hierfür 6 Millionen, hievon eine Million für den Bau von Magazinen, vorausgeschickt. Die Generalstabe und die großen Departements-Kommandanturen, sowie die Bezirkskommandos wurden wieder eingeführt und eine Oberkommission für alle Waffen eingesetzt. Das Hauptaugenmerk wurde der Militärausbildung zugewendet. Die Militärakademie zu Turin, die Infanterieschule zu Modena, und die Kavallerieschule zu Pignerol wurden reorganisiert und außerdem wurden für die Infanterie zu Ivrea und für die Kavallerie zu Novara Normalschulen angelegt. In Turin werden Schulen zur Bildung von Rechnungsbeamten und Vorlesungen über den Gebrauch und Erhaltung der Waffen eröffnet, zu welchen hauptsächlich die Offiziere aller Infanteriecorps zugezogen werden sollen. In allen Garnisonen eröffnete man Regimentschulen.

Ferner sind zu bemerken: Einführung der Feldtelegraphie; Vergrößerung der Militärspitäler zu Alexandria und Turin; Reorganisation der Artilleriemagazine von Borgo-Doria; Errichtung eines Militärkolleges in Parma; topographische Arbeiten in den Südpromontorien, und das Defret, betr. die Mobilisirung der Nationalgarde. Die Berichte der Generalsinspektoren bestätigen einmüthig den Fortschritt des Unterrichts, die Regelmäßigkeit des Dienstes, und namentlich den vortreflichen militärischen Geist der italienischen Armee, der in dieser Beziehung dem der ehemaligen piemontesischen Armee nicht mehr nachsteht.

Belgien.

Brüssel, 13. Dez. (Fr. J.) Die Repräsentantenkammer hat heute einstimmig das Budget der Mittel und Wege für 1863 angenommen. — Hr. Louis Hymens beschwerte sich lebhaft und mit Recht gegen die hohen Abgaben, welche in Belgien auf die von Deutschland kommenden Bücher und Tagesblätter lasten und sie fast im Preise verdoppeln.

Niederlande.

Haag, 13. Dez. (Fr. J.) Die Zweite Kammer der Generalstaaten hat den Gesetzentwurf für Anlegung eines Kanals auf dem schmälsten Theile von Holland angenommen. Es wird durch diesen Kanal Amsterdam in direkte Verbindung mit der Nordsee kommen.

Spanien.

Madrid, 12. Dez. (Senatsitzung vom 11. d.) General Prim schließt folgendermaßen:

Ich beschwöre die Staatsmänner meines Vaterlandes, niemals eine Parteifrage aus unsern Beziehungen mit den hispano-amerikanischen Republiken zu machen. Diese Völker haben sich vom Stammlande getrennt, welches, indem es sie mit Gewalt zur Pflicht zurückführen wollte, bei ihnen einen Widerstand gefunden, der Männer unseres Stammes, unseres Blutes würdig war, und nach blühigen Kämpfen hat das Stammland endlich wehthätig und schmerzvoll die Emanzipation anerkannt müssen. Seitdem sind unsere Beziehungen zu diesen Völkern zurückhaltend und kalt gewesen. Mögen sie in Zukunft sein, wie sie zwischen Brüdern sein sollten, die demselben Blut entsprossen, die dieselbe Religion bekennen und dieselbe Sprache sprechen! Um die Verbesserung bäuernd zu machen, darf Spanien nicht vergessen, was seine Gründung ihm gekostet, und müsse diesem Volk gegenüber große Rücksicht üben. Zu dieser Mission müsse Spanien liberale Diplomaten verwenden. Meine H. Senatoren! Mein Verhaben in Mexico und die Rede, die ich hier so eben gehalten, sind mir durch meine warme Vaterlandsliebe eingegeben worden. Wenn ich tragt gehandelt, so stehe mir Gott bei! Habe ich Unrecht gethan, so möge mich Gott strafen.

General Prim wünscht hierauf sein Amendement zurückziehen, doch erklärt Cantero im Namen des Bureau's, daß dies bei der Adressdebatte gegen die Geschäftsordnung sei; es wird also darüber abgestimmt und dasselbe verworfen.

Rußland und Polen.

Warschau, 11. Dez. (Köln. Z.) Der Monstreprozeß gegen den Geheimbund oder vielmehr gegen 66 Mitglieder desselben ist heute in öffentlicher (d. h. einer Anzahl privilegierter Personen zugänglicher) Sitzung des hiesigen Feldkriegsgerichts verhandelt worden. Die jungen Männer, welche auf der Anklagebank sitzen, sind fast sämtlich Handwerksgejellen und gehören theils als Chargirte, theils als einfache Mitglieder zu der Gesellschaft, die bekanntlich ein vaterländisches Heer bilden und dann den offenen Kampf gegen die Russen aufnehmen will. Die am schwersten Gravirten hielten die geheimen Versammlungen ab, bereidigten die Neueintretenden, besahen Waffen, und ertheilten die Instruktionen. Andere warben Mitglieder und dienten dem Vereinszweck auf verschiedene Weise. Wahrscheinlich werden die Ersteren nach Sibirien, die minder Schuldigen in das Militär gesteckt werden. Die Unterjudung wird übrigens noch ein paar Tage in Anspruch nehmen. Man behandelt die Gefangenen mit aller Rücksicht; freilich ist die „öffentliche“ Verhandlung auch vorzugsweise auf einen günstigen Einbruch beim ausländischen Publikum berechnet.

Warschau, 14. Dez. (Köln. Ztg.) Ein bei dem zu Anfang November in Gheln an den Bürgern Starzewski und Wirthin, wie es hieß, auf Befehl des geheimen Centralcomitee's verübten Mordethat beteiligte Personen sind erst jetzt ermittelt worden. — Das Verbot, kraft dessen die Bewohner Warschau's die Stadtbarricaden ohne Erlaubniß nicht passieren durften, ist aufgehoben.

Griechenland.

Athen. Mehrere griechische Zeitschriften veröffentlichen nachstehenden Brief Garibaldi's:

Pisa, den 15. Nov. Mein theurer Jartizan! Ich danke Ihnen, daß Sie an mich gedacht haben. Ich bin stolz auf Ihre Zuneigung und die Zuneigung Ihrer braven Landsleute. Alle meine Wünsche sind für Ihr eble Vaterland; für dieses eble Land, welches die Alten Alles und das neue Geschlecht Das lehrt, wie ein wenig zahlreiches, aber tapferes Volk seine Unabhängigkeit und seine Freiheit zurückeroberet. Ihr Land vollführte eine eble Revolution, möge es von derselben den Nutzen zu ziehen wissen, um die Stellung, die ihm gebührt, unter den Völkern Europa's einzunehmen. Ich wage es nicht, Ihnen zu raten; die Griechen allein können urtheilen über Das, was ihnen frommt. Rechnen Sie nicht auf die Diplomatie, rechnen Sie nicht auf die Hilfe des Auslandes, rechnen Sie auf sich selbst, rechnen Sie auf den Mutz der Abkömmlinge des Leonidos, auf die Ehre der Vorkämpfer von Missolonghi. Ihnen und Ihrem eblen Lande meine ganze Zuneigung und meine besten Wünsche. Ihr ergebener G. Garibaldi.

Baden.

† Karlsruhe, 16. Dez. Als Bevollmächtigter zum Centralauschuß des landwirthschaftl. Vereins wurde am 11. d. zu Freiburg (wie bereits gemeldet) Hr. Dr. Fr. Schinzinger mit 7 von 12 Stimmen gewählt. Die nächstmeisten Stimmen erhielt: Hr. Säger, Vorstand der Ackerbauhochschule. Zu Dörsenburger fand die Wahl am 12. d. statt, und fiel mit allen gegen eine Stimme auf Hrn. Rentamann Schuck. In Wörsen waren 5 Stimmen auf Hrn. Dekonom Weber in Rothensfeld gefallen und die gleiche Anzahl auf Hrn. Dekonom v. Steinberg. Das Loos entschied für den Ersteren.

Bruchsal, 15. Dez. (Schwurgericht.) Zu der heute Vormittag 1/9 Uhr eröffneten 4. Vierteljahrsitzung hatten sich die Geschwornen bis auf vier eingefunden, von denen zwei inzwischen verstorben waren und zwei wegen Krankheit einschuldig ausblieben. Sowohl bei dem heutigen, als auch bei den weiteren sechs Fällen leitet der Schwurgerichts-Präsident, Hr. Hofgerichts-Rath Brauer, die Verhandlungen.

Auf der Bank der Angeklagten saß ein Greis von 76 Jahren, der trotz seines hohen Alters als sehr sähornig bekannt ist, wie er überhaupt keinen guten Kumund hat. Dieser Mann, Jidór Giesler von Haslach, wurde durch die von Hrn. Staatsanwalt Haas begründete Anklage beschuldigt, aus Nachsicht den verurtheilten Versuch einer Brandstiftung verübt zu haben. Am Abend des 1. Sept. l. J. entstand nämlich ein Brand in einem mit Hobespännern angefüllten Raum des Schreiner Hug'schen Hauses zu Haslach, welcher Brand jedoch bald wieder gelöscht wurde und nur einen geringen Schaden verursachte. Außer andern Verdachtsgründen, wie feindselige Gemüthungen und Drohungen des Angeklagten gegen die Hug'sche Familie, Ankauf von Zunder und Besiz von Pulver, gründete sich der Beweis auf die Aussage eines Zeugen, welcher den Angeklagten erbeimachte bei der That selbst beobachtet.

Der von Hrn. Obergerichtsadvokaten Wolf vertheidigte Angeklagte läugnete beharrlich, und außer der Bemänglung des Beweises machte die Vertheidigung den Milderungsgrund der nahezu fehlenden Zurechnungs-

fähigkeit geltend, weil der Angeklagte in seiner Heimath schon nach seinem Ueberramen „Marrischer Nagler“ als nicht ganz klar im Kopfe gilt. In dessen vermeinten die Geschwornen die hierwegen gestellte Frage und erklärten den Angeklagten auch als der That schuldig, worauf derselbe vom Gerichtshof zu vier Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde.

Aus dem Mittelrheinkreis, 14. Dez. Der großh. Oberlehrer hat nun auch sein eigenes Verordnungsblatt. Die erste Nummer, ausgegeben am 11. d. M., spricht sich darüber folgendermaßen aus: „Durch die Errichtung des Oberlehreraths als einer Centralmittelbehörde zur Leitung und Beaufsichtigung des Schul- und Unterrichtswesens im Großherzogthum wurde das Bedürfnis regte, die auf den bisher getrennten Gebieten des Schulwesens in verschiedenen Blättern oder auch nur in schriftlichen Generallassen zerstreut erschienenen Verordnungen, allgemeinen Entschlüssen und Verfügungen, Dienstleistungen und Befehle in einem Verordnungsblatt der Centralmittelstelle zu vereinigen, in welchem sodann auch die staatliche Gesetzgebung, so weit sie die Schule betrifft, ihre Aufnahme fände. Zu diesem Zweck ist mit Genehmigung großh. Ministeriums des Innern das „Verordnungsblatt des großh. Oberlehreraths“ gegründet worden.“ Dasselbe erscheint in unbestimmten Zeitabschnitten. Die Bezirks-Schulinspektoren erhalten es unentgeltlich zugesendet. Die Gemeinden müssen es für ihre Schulvorstände auf Gemeindefosten beschaffen, und sämmtliche dem großh. Oberlehrerath unterstehenden Gelehrerschulen und übrigen Lehranstalten haben dasselbe von der Verlagshandlung (bei G. Th. Gross in Karlsruhe) um einen mäßigen Preis zu beziehen.

Weinheim, 15. Dez. (Mannh. Z.) Von der Stadtgemeinde Weinheim wird dieser Tage eine Petition an das großh. Handelsministerium in Karlsruhe abgehen, worin unter gründlicher Motivirung die Bitte gestellt ist: dem Antrag der Einwohnerschaft von Mannheim gegen Erbauung einer direkten Eisenbahn von Mannheim gegen Darmstadt keine Folge zu geben.

Mannheim, 15. Dez. Die hiesige Produzentenbörse wird mit Beginn des neuen Jahres in's Leben treten. Die Zahl der Beigetretenen soll sich auf 150 belaufen, welche am nächsten Donnerstag im Aulasaale zusammentreten, um die Statuten endgültig festzustellen und einen definitiven Vorstand zu erwählen. Jede Woche sollen zwei festbestimmte Vorträge abgehalten und offizielle Notirungen ausgegeben werden. Vorerst — und bis ein geeigneteres Lokal beschafft sein wird — hat man die Räume des Café Fischer, welche an Vorträgen dem allgemeinen Publikum von Morgens 11 bis Mittags 1 Uhr nur zum Theil geöffnet sein werden, in Aussicht genommen. Da die ersten Firmen von Geschäften in Wein, Tabak, Getreide, Del, Spiritus etc. theils an der Spitze des Unternehmens stehen, theils dabei theilhaftig sind, so darf — wenn gleich im Augenblick das Producentengeschäft stille liegt — das Aufblühen desselben vorhergesagt werden.

Eine weitere Gründung, welche im Augenblick, und zwar in Folge des neuen Gewerbegesetzes, hier vor sich geht, ist die Genossenschaft der Kaufleute. Die Statuten sind gutem Vernehmen nach bereits von der erwählten Siebener-Kommission festgestellt und sollen demnächst einer Generalversammlung des Kaufmannstandes zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt werden. Damit im Zusammenhang steht die von dem großh. Stadtmag. am Freitag den 10. d. M. berufene Versammlung der Mitglieder der bisherigen Handelsinnung, welche über die Verwendung des ungefähr 25,000 fl. betragenden Vermögens dieser Innung Berathung pflegen und Entschlüssen fassen sollen. Ohne Zweifel werden die Berechtigten diese bedeutende Summe der neuen Genossenschaft der Kaufleute zur Förderung ihres Zweckes zuwenden und derselben damit schon eine nicht unbedeutende dauernde Einnahme an Zinsenverträgnis sichern.

Sich netten am Kaiserstuhl, 12. Dez. (Freib. Ztg.) Ein gräßliches Unglück hat sich heute hier zugetragen. Eine Anzahl Kinder spielten in einer Lehmgarbe. Dieselbe stürzte ein, begrub die Kinder und es wurden drei, ein Knabe von 12, einer von 10, und ein Mädchen von 8 Jahren, todt hervorgerufen. Zwei weitere Knaben sind derart beschädigt, daß ihr Aufkommen zweifelhaft ist. [Einer derselben ist inzwischen bereits gestorben.]

Konstanz, 15. Dez. Der Winter ist bei uns eingezogen, ohne daß die längst erwartete Lokomotive einige Abwechslung in seine Einformigkeit gebracht hat. Man tröstet sich mit der Gewisheit, daß im schönsten Frühling das Größnungsfest um so glänzender und freudiger ausfallen kann. Unser Theater, das in seinen freilich beschränkten Verhältnissen gleichwohl bei bescheidenen Ansprüchen einige Unterhaltung bot, muß vor der Hand geschlossen bleiben, bis durch die nöthigen baulichen Veränderungen vorgenane Mißstände beseitigt sind. — Einen Kunstgenuß hatten wir jüngst durch das Klavierkonzert von Fräulein Marstrand aus Donaueschingen, einer Schülerin des Konservatoriums in Stuttgart, welche in Ausbildung der Technik und des Vortrags ein erstehendes Talent beurkundete. — Gestern Abend gegen 7 Uhr hatten wir ein prächtiges Nordlicht.

Vermischte Nachrichten.

Lüdingen, 14. Dez. Das erste Verzeichniß der für Umland's Denkmäl eingegangenen Beiträge beläuft sich auf nahezu 1800 fl.

München, 13. Dez. (N. Corr.) Der König verweilte heute abermals mehrere Stunden in Augsburg zum Besuch der Königin von Neapel. Wie man hier vernimmt, verbringt die Königin einen großen Theil des Tages im Kreise der Familie ihres Bruders, des Herzogs Ludwig, der beßhalb bis jetzt noch nicht nach Nürnberg übergesiedelt ist, woselbst sich das Chevaurlegeregiment, zu dessen Obersten und Kommandanten Sr. Königl. Hoheit schon vor einiger Zeit befördert worden ist, befindet.

Aus Wien schreibt man, daß in Folge des Falles des Silberagio's die Eisenbahnen angewiesen sind, von Neujahr an die Agiozuschläge im Interesse des reisenden Publikums herabzusetzen. Wie verlautet, wird von der Staatbahn-Gesellschaft der Agiozuschlag von Neujahr an mit nur 10 Prozent berechnet werden.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.
Donnerstag den 18. Dez. bleibt die großh. Hofbühne geschlossen.

Freitag 19. Dez. 4. Quartal. 140. Abonnementsvorstellung. Die Dame von Avenel; Oper in 3 Akten, von Boieldieu.

3. q. 488. Für die reifere Jugend und das Volk!
Galerie historischer Erzählungen
die reifere Jugend und das Volk. Herausgegeben von Friedrich Henning.

für Preisvertheilungen.

3. r. 1. Für den Weihnachtstisch. Die jungen Seefahrer. Frei nach dem Englischen von H. A. Bowman.

Abenteuer und Reisen in Afrika, Amerika und Australien, herausgegeben von Adolf Ritsche.

Erlebtes und Erzähltes für Mädchen von zehn bis fünfzehn Jahren. Von Aurelie.

3. q. 1000. Dritter Abdruck. 10. Auflage. Die Lieder des Mirza Schaffi mit einem Prolog von Friedrich Bodenstedt.

3. q. 964. So eben erschien im Verlage von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig: Robinson der Jüngere. Von J. H. Campe.

Für Weihnachtsgeschenke empfehle ich in reichhaltiger Auswahl und zu den billigsten, aber festen Preisen: Damen- und Kinder-Mäntel, Paletots, Jacken, Mousen, Sorties de bal.

für Herren! Paletots, Rock- und Hosenstoffe, Westen, Foulards, leinene Taschentücher; das Neueste in Binden; Cols, Clips, Cachenez.

S. Model, Vorderer Zirkel Nr. 20.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

3. r. 8. Labr. Von Neujahr an wird im Verlag von J. H. Geiger in Lahr erscheinen: Des Zahrer hinfenden Boten illustrierte Dorfzeitung.

3. q. 615. Karlsruhe. Für Weihnachtsgeschenke empfiehlte C. Wohlschlegel, Schirmfabrikant.

3. q. 631. Karlsruhe. Bekanntschaft. In der groß. Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim wird am 20. d. M. ein neuer Kurs für den Unterricht in der Krankenpflege...

3. r. 19. Une Dame de la Suisse française veuve agrée de 28 ans désire trouver une place comme Dame de Compagnie...

Zämmtliche Erzählungen von Franz Hoffmann und W. O. v. Horn a Bändchen 24 fr.

3. q. 743. Karlsruhe. Pianino's und Caselpiano's. Selbstverfertigte und auswärts, werden verkauft und vermietet...

3. q. 914. Nr. 15, 067. Waldsbühl. (Mittheil.) In Sachen der Rosina Grüninger, Ehefrau des pensionirten Kapellmeisters Koch...

3. r. 20. Kapital-Gesuch. Gegen gerichtliches Unterpfand wird bis 25. März 1863 ein Kapital von 12- bis 14000 fl. zu vier Prozent gesucht.

Keine grauen Haare mehr! Melanogene von Dioquemare aus in Rouen.

3. q. 309. Karlsruhe. Fürstliche Vereins-10-fl. Loose, welche in den nun beendigten Verlosungen nicht gezogen wurden...

3. r. 27. Bruchsal. Öffentliche Aufseher (Beauftragter) Damian Pfeifer von Oberwiesheim, welcher als Zeuge in der Anklage gegen Karl Sebastian und Martin Sebastian von Oberwiesheim wegen Tödtung am Freitag den 19. Dezember d. J. Vormittags 1/9 Uhr...

3. q. 914. Nr. 15, 067. Waldsbühl. (Mittheil.) In Sachen der Rosina Grüninger, Ehefrau des pensionirten Kapellmeisters Koch...

Table with columns for Staatspapiere, Anlehens-Loose, Wechsel-Kurse, Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien and Prioritäten. It lists various financial instruments, their values, and interest rates.

Mit einer Beilage.